

a) der ihm persönlich durch die Allerhöchst genehmigten Bestimmungen über die Einrichtung und Amtswirksamkeit der Kreisbehörden vom 14. September 1852, Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 10 vom Jahre 1853, in den §§. 4, 12, 13, 14, 15, 16, 20, 22, und durch die gleichen Bestimmungen über die Einrichtung und Amtswirksamkeit der Bezirksämter im §. 15, und in der Ministerial-Verordnung vom 13. September 1860, J. 3147, hinsichtlich der Urlaubsertheilung an die unterstehenden Kreis- und Bezirksbeamten, dann durch die Ministerial-Verordnungen vom 15. Februar 1857, Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 32, und 30. Oktober 1859, Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 199, hinsichtlich der Ausfertigung der Reisepässe und Paßkarten, ferner durch die Landtagswahlordnung zugewiesene Wirkungskreis belassen, und seine Competenz zugleich auf die in den §§. 20, 23, 32 lit. a) und 33 des Wirkungskreises der Kreisbehörden diesen Letzteren übertragene Wirksamkeit ausgedehnt.

Außerdem wird der Kreisvorsteher

b) die Rekrutirung im Kreise zu leiten, den Vorsitz bei der Militärbefreiungs-Commission zu führen, und die ihm in dieser Beziehung durch den Amtsunterricht für die Heeresergänzung zugewiesene Competenz auszuüben, und

c) die unmittelbare Leitung des in der Kreisstadt befindlichen politischen oder gemischten Bezirksamtes zu übernehmen haben.

II.

Aus dem instanzmäßigen Wirkungskreise der Kreisbehörden werden vom 1. November 1865 an folgende Angelegenheiten an die Bezirksämter zur Behandlung überwiesen:

1. Die Entscheidung über Abstellungen zum Militärdienste von Amtswegen, dann die im Einvernehmen mit den betreffenden Militärbehörden zu pflegende Vorverhandlung über die Entlassung eines Soldaten im Conzertations- oder Gnadenwege.

2. Die Durchführung von Subarrendirungs-Verhandlungen.

3. Die Ertheilung des Baukonsenses, in soweit solche nach den Bauvorschriften der Kreisbehörde zugewiesen war, insbesondere auch bei Privathauten, bei denen es auf die Benützung der Wasserkraft oder auf die Berücksichtigung von Fundations- oder sonstigen öffentlichen Interessen ankommt, dann die Entscheidung der in Beziehung auf solche Baulichkeiten oder errichtete Bauwerke dieser Art vorkommenden Beschwerden oder Streitigkeiten, soferne der Gegenstand nicht zur gerichtlichen Wirksamkeit gehört.

4. Die Vorverhandlung bei Anwendung der bestehenden Konkurrenzgesetze auf Bauführungen und Beschaffung der Einrichtung und sonstigen Erfordernisse für Kirchen, Pfarren, Schulen, Begräbnißplätze u. d. g. und die Entscheidung in diesen Angelegenheiten, in soweit nicht die Beitragspflicht des Alerars oder eines unter Verwaltung oder Ueberwachung der Landesstelle stehenden Fonds eintritt.

5. Bei Straßen- und Wasserbaulichkeiten oder anderen öffentlichen Anstalten und Unternehmungen, für welche die Kosten ganz oder zum Theile im Wege der Konkurrenz aufzubringen sind, die Umlegung dieser Kosten auf die einzelnen Gemeinden des Bezirkes.